

Volksanwalt Dr. Peter Kostelka (Volksanwältin Mag.^a Terezija Stoitsits)

ORF-Sendereihe "Bürgeranwalt" – Ausstrahlung vom 25.10.2008

„Die Göstinger Mauer“ – Ersatzlose Schließung eines Bahnüberganges

Gegenstand der Sendung „Bürgeranwalt“ vom 31. Jänner 2008 war die Schließung eines Eisenbahnüberganges im Bezirk Gösting in der Stadt Graz. Die Eisenbahnstrecke Wien-Süd Spielfeld/Straß führt quer durch den Bezirk Gösting in der Stadt Graz und trennt ein rund 400 Bewohner umfassendes Wohnviertel von der dazugehörigen Infrastruktur (Volksschule, Post, Bank, Kirche etc.). Bis zum 13. August 2008 sicherte ein Bahnübergang bei der Weixelbaumstraße die Verbindung zwischen den beiden Ortshälften und ermöglichte den Fußgängern, den Radfahrern und auch den Fahrzeuglenkern eine schnelle Übersetzung und Erreichung der nächstgelegenen Ziele.

Am 13. August 2008 veranlasste die ÖBB, in Folge einer Umstellung der Schrankenanlage auf ein automatisches Steuerungssystem im Nahbereich des Hauptbahnhofes Graz, die Schließung der gegenständlichen Eisenbahnkreuzung. Die Automatisierung der Schrankenanlage hätte eine massive Erhöhung der Schrankenschließzeiten bedeutet, sodass die Bürger rund 15 Stunden pro Tag vor einem geschlossenen Bahnschranken gestanden wären. Die Stadt Graz stimmte der Schließung zu, ohne allerdings über ein ausreichendes Alternativkonzept für die Bürger zu verfügen. Dicke Betonpfeiler versperren nun den Zugang zu dem Bahnübergang. Die Bewohner nennen diese aufgestellte Barrikade, in Anlehnung an die ebenfalls am 13. August errichtete Berliner Mauer, "Göstinger Mauer".

Den Bürgern wurde durch die Schließung des Eisenbahnüberganges die wichtigste Verbindung zur örtlichen Infrastruktur genommen. Neben älteren Menschen sind insbesondere die Kinder betroffen. Sie sind zur Erreichung der Volksschule gezwungen, einen nicht nur unbequemen, sondern auch gefährlichen Umweg von rund 500 m zu machen, der großteils auf einer vom Fahrzeugverkehr befahrenen schmalen Straße geführt wird.

Nachdem die Bewohner bis zum Sommer 2008 mit Versprechungen zur Schaffung einer Ersatzlösung getröstet worden waren, organisierte der Bewohner Herr Mag. Z.

eine Bürgerinitiative, um auf das Problem aufmerksam zu machen. Nach Bürgerprotesten und Einschreiten der Volksanwaltschaft stellten die Stadt Graz und die ÖBB zwar Überlegungen zur Schaffung einer Ersatzlösung an, gingen aber bei der Umsetzung einer als Alternativkonzept ausgewählten Geh-/Radweg-Unterführung nur sehr zögerlich vor. Zur Realisierung dieser Geh/Radweg-Unterführung ist unter anderem die Benützung von Grundstücken erforderlich, die in Privateigentum stehen und weder der Stadt Graz noch der ÖBB gehören. Die Stadt Graz versuchte die entstandenen Verzögerungen mit Problemen bei den Ablöseverhandlungen mit den beiden Eigentümern dieser Liegenschaften zu erklären.

Volksanwältin Mag.^a Terezija Stoisits, die in Vertretung von Volksanwalt Dr. Peter Kostelka den Fall in der Sendung präsentierte, ließ diesen Einwand nicht gelten und forderte die für das Projekt zuständige Vizebürgermeisterin Lisa Rücker auf, die Errichtung der Geh-/Radweg-Unterführung zügig voranzutreiben. Weiters beanstandete Volksanwältin Mag.^a Terezija Stoisits die mangelhafte Einbindung der Bürger in das Projekt: „Es fehlt an der Kommunikation zwischen der Stadt und den Bürgern.“ Bereits während der Sendung zeichnete sich aber zumindest eine Lösung mit einem Grundstückseigentümer ab. Die Stadt Graz und die ÖBB sagten in der Sendung zu, sich verstärkt um die baldige Umsetzung der Geh-/Radweg-Unterführung zu bemühen.